
ANHANG 3: MUSTER DES „LETTER OF INTENT“

1. Muster des „Letter of Intent“ (Registrierung und Zulassung)

Letter of Intent („LOI“)

Zwischen

der interregionalen Einrichtung Viapass

vertreten durch Vincent Peremans (Vorsitzender des Verwaltungsrats), Johan Schoups
(Generalverwalter)
Generalverwalter
mit Sitz in
1000 Brüssel
Rue d'Arenberg 1D

handelnd im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowie als Bevollmächtigter der Mauterheber
des belgischen Mautsystems,

im Folgenden: „**Viapass**“

und

[potenzieller Dienstleister]

vertreten durch [Name, Vorname des Vertreters]
[Funktion]
mit Sitz in
[Postleitzahl] [Ort]
[Straße] [Hausnummer]

im Folgenden: „**[potenzieller Dienstleister]**“

Viapass und [der potenzielle Dienstleister] werden im Folgenden einzeln auch als „die Partei“ sowie
zusammen als „die Parteien“ bezeichnet.

Vorbemerkungen

Voraussetzung für den Zugang zum belgischen Mautsystem ist ein Registrierungsverfahren (sofern
der Dienstleister nicht bereits als ETS-Dienstleister im Land seiner Niederlassung registriert ist) sowie
auf jeden Fall ein Zulassungsverfahren nach Maßgabe der Erklärung des Mautgebiets der diversen
Mauterheber für ihr jeweiliges Mautgebiet.

Die Registrierung ist vom potenziellen Dienstleister bei Viapass zu beantragen, das in Belgien von
den Mauterhebern mit der Registrierung der potenziellen Dienstleister betraut wurde.

Die Registrierung wird bewilligt, wenn der potenzielle Dienstleister unter anderem den Anforderungen
entspricht, welche die Entscheidung 2009/750/EG der Europäischen Kommission vorsieht:

1. Er ist gemäß der Norm EN ISO 9001 oder einer gleichwertigen Norm zertifiziert.
2. Er weist nach, dass er über die technische Ausrüstung und über die EG-Erklärung oder das EG-Zertifikat zur Bescheinigung der Konformität der Interoperabilitätskomponenten gemäß Punkt 1 des Anhangs IV der Entscheidung 2009/750/EG der Europäischen Kommission verfügt.
3. Er weist seine Befähigung zur Bereitstellung elektronischer Mautdienste oder Kompetenz in dafür relevanten Bereichen nach.
4. Er verfügt über eine angemessene finanzielle Leistungsfähigkeit.
5. Er verfügt über einen globalen Risikomanagementplan, der mindestens alle zwei Jahre im Rahmen eines Audits geprüft wird.
6. Er bietet Gewähr für Zuverlässigkeit.

Wurde der potenzielle Dienstleister (sofern verlangt) registriert, muss er zugelassen werden. Das Zulassungsverfahren verläuft in mehreren Phasen:

- (i) Zulassungsantrag des potenziellen Dienstleisters
- (ii) Aufnahme des Zulassungsverfahrens
- (iii) Vorstellung des technischen und kaufmännischen Konzepts
- (iv) Testverfahren mit (i) Prüfung der Konformität(-stests) und (ii) Gebrauchstauglichkeitstests
- (v) Aushandeln des bilateralen Vertrags
- (vi) Zulassung für das Mautgebiet der Mauterheber

Für die Kosten der Prüfung und Bewertung im Rahmen des Registrierungsverfahrens und für die Kosten der Prüfung und Bewertung sowie der Tests im Rahmen des Zulassungsverfahrens zahlt der potenzielle Dienstleister die nachfolgend festgelegten Entgelte.

Gelangen Viapass und der potenzielle Dienstleister nach erfolgreichem Verlauf des Testverfahrens zu einer Einigung bezüglich des bilateralen Vertrags, wird der bilaterale Vertrag zwischen dem Dienstleister auf der einen Seite und den Mauterhebern des belgischen Mautsystems und Viapass auf der anderen Seite abgeschlossen.

Mit dem Abschluss des bilateralen Vertrags wird der Dienstleister von allen Mauterhebern des belgischen Mautsystems in ihrem jeweiligen Mautgebiet zugelassen.

Die Parteien tauschen im Rahmen des Registrierungs- und Zulassungsverfahrens untereinander vertrauliche Informationen nach Maßgabe der nachfolgend festgelegten Bestimmungen und Bedingungen aus.

Es wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Gegenstand

Der vorliegende LOI beinhaltet die nicht erschöpfende Liste der Bedingungen und Modalitäten, zu denen die Parteien den Abschluss des Registrierungs- und Zulassungsverfahrens von [potenzieller Dienstleister] als Dienstleister im belgischen Hoheitsgebiet nach Maßgabe der Erklärung des Mautgebiets anstreben. [Der potenzielle Dienstleister] bestätigt die Kenntnisnahme und Verbindlichkeit der Erklärung des Mautgebiets.

Der vorliegende LOI stellt keinerlei Verpflichtung seitens Viapass oder der Mauterheber bezüglich der tatsächlichen Registrierung und/oder Zulassung von [potenzieller Dienstleister] als Dienstleister in den Mautgebieten dar, die auf belgischem Hoheitsgebiet eingerichtet wurden.

2. Vertraulichkeit

2.1. Vertrauliche Informationen

2.1.1. Der Begriff „vertrauliche Informationen“ umfasst sämtliche Informationen, (i) die zwischen den Parteien auf beliebige Weise im Registrierungs- oder Zulassungsverfahren ausgetauscht werden und (ii) mitgeteilt werden, um sich als potenzieller Dienstleister zu bewerben (vom potenziellen Dienstleister mitgeteilte Informationen) oder um sich als potenzieller Dienstleister für die Registrierung und Zulassung als Dienstleister auf dem belgischen Hoheitsgebiet bewerben zu können (von Viapass mitgeteilte Informationen) und um die Prüfung und Bewertung des Antrags zu ermöglichen, und (iii) die zum Zeitpunkt der Mitteilung noch nicht öffentlich bekannt waren.

2.1.2. Die Parteien verweisen darauf, dass der Inhalt (jedoch nicht das Bestehen) des vorliegenden LOI, der Verhandlungen über den bilateralen Vertrag und des bilateralen Vertrags selbst ebenfalls vertraulich sind und folglich unter den vorliegenden Artikel fallen.

2.2. Verbot der Nutzung und Verbreitung

2.2.1. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung der anderen Partei darf keine Partei weder direkt noch indirekt, wie zum Beispiel über einen Mittelsmann oder eine juristische Person, an der die Partei eine Beteiligung hält, in der sie Verwalter ist oder mit der sie auf irgendeine andere Weise verbunden ist:

(a) vertrauliche Informationen - auch nicht ausschnittsweise - zu anderen Zwecken als zur Prüfung und Bewertung des Registrierungs- und Zulassungsantrags

bzw. zur Beantragung der Registrierung und Zulassung als Dienstleister auf belgischem Hoheitsgebiet verwenden;

- (b) vertrauliche Informationen - auch nicht ausschnittsweise - bei Dritten außer den (juristischen) Personen verbreiten, die im Rahmen ihrer Aufgaben bei der Partei, im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehung zu der Partei oder einer direkten oder indirekten Vertragsbeziehung mit der Partei zweckmäßigerweise Zugriff auf die vertraulichen Informationen haben müssen (im Folgenden: „Vertreter“). Falls diese Vertreter nicht aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit der Schweigepflicht und somit der Berufspflicht der Nichtverbreitung vertraulicher Informationen unterliegen, müssen die Vertreter ausdrücklich schriftlich bestätigen, dass sie den Bestimmungen des vorliegenden Artikels unterliegen. Die Parteien stellen sicher, dass die Vertreter, die sie beim Registrierungs- und Zulassungsverfahren hinzuziehen, die im vorliegenden Artikel verfügbaren Verpflichtungen einhalten.

- 2.2.2. Unbeschadet all dessen ergreifen die Parteien alle nötigen oder zweckmäßigen Maßnahmen zur Verhinderung des Bekanntwerdens vertraulicher Informationen entgegen den Bestimmungen des vorliegenden Artikels und ergreifen alle erforderlichen oder zweckmäßigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Artikels durch die Parteien und ihre Vertreter.

2.3. Ausnahmen

Die in Artikel 2.2 definierte Geheimhaltungspflicht für vertrauliche Informationen gilt nicht, wenn es sich um folgende Informationen handelt:

- (a) Informationen, die öffentlich bekannt wurden oder werden, ohne dass dies die Folge einer unerlaubten Bekanntmachung der betreffenden Informationen durch die Parteien oder durch eine Person ist, der die Parteien diese vertraulichen Informationen zur Verfügung gestellt haben
- (b) Informationen, die einer Partei bereits zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Informationen bekannt waren
- (c) Informationen, die einer Partei auf nicht vertraulicher Grundlage von einem Dritten bereitgestellt wurden, der rechtmäßig im Besitz der Informationen ist und zur Weitergabe der Informationen berechtigt ist
- (d) Informationen, die der Veröffentlichungspflicht unterliegen:
 - i. aufgrund rechtlicher Vorschriften (nicht Vorschriften zur Öffentlichkeit der Verwaltung)
 - ii. im Rahmen der behördlichen Aufsicht oder der parlamentarischen Kontrolle
 - iii. aufgrund eines richterlichen Beschlusses

2.4. Rechtliche Maßnahmen, die die Verbreitung vertraulicher Informationen erforderlich machen

2.4.1. Ist die Bekanntgabe des Vorhandenseins und/oder des Inhalts vertraulicher Informationen durch eine Partei aufgrund von Rechtsvorschriften, im Rahmen der behördlichen Aufsicht oder der parlamentarischen Kontrolle oder aufgrund eines richterlichen Beschlusses erforderlich, setzt diese Partei die andere Partei nach Möglichkeit vor der Bekanntgabe unverzüglich schriftlich über diese Verpflichtung und die angeforderten Unterlagen, die bekannt gemacht werden sollen, in Kenntnis. Die Parteien halten Rücksprache bezüglich des Timings und des Inhalts der Bekanntgabe.

2.4.2. Vor der Bekanntgabe vertraulicher Informationen muss eine Partei:

- (a) die andere Partei so rasch wie möglich vor der Bekanntgabe der jeweiligen Informationen schriftlich in Kenntnis setzen, welche vertraulichen Informationen bekannt gegeben werden.
- (b) nur den Teil der vertraulichen Informationen herausgeben, der durch Rechtsvorschriften, die behördliche Aufsicht, die parlamentarische Kontrolle oder den richterlichen Beschluss vorgeschrieben wird.
- (c) sich um eine verlässliche Zusage bemühen, dass die vertraulichen Informationen vertraulich behandelt werden.

3. Kosten

3.1. Kosten des Registrierungsverfahrens - ergänzende Informationen

Zur Erstattung der Kosten von Viapass für die Prüfung und Bewertung der von [potenzieller Dienstleister] im Rahmen des Registrierungsverfahrens vorgelegten Unterlagen wird ein pauschales Entgelt in Höhe von 20.000 Euro in mehreren Tranchen berechnet. Zu diesem Zweck schickt Viapass [dem potenziellen Dienstleister] nach Bestätigung der Vollständigkeit der eingereichten Registrierungsunterlagen eine Rechnung mit der Aufforderung zur Zahlung des angegebenen Entgelts auf das Konto von Viapass.

3.2. Kosten des Zulassungsverfahrens

Zur Erstattung der Kosten von Viapass für die Prüfung und Bewertung sowie die Tests im Rahmen des Zulassungsverfahrens muss [der potenzielle Dienstleister] ein pauschales Entgelt in mehreren Tranchen nach folgendem Schema entrichten:

- (a) Vor Beginn des Prüfverfahrens der Konformitätstests: 20.000 Euro
- (b) Vor Beginn der Schnittstellentests: 30.000 Euro
- (c) Vor Beginn der End-to-End-Tests: 30.000 Euro
- (d) Vor Beginn der ersten Phase des Probetriebs: 50.000 Euro
- (e) Vor Beginn der zweiten Phase des Probetriebs: 50.000 Euro

- (f) Vor Beginn der Phase der Erstellung der Gebrauchstauglichkeitserklärung und der Gebrauchstauglichkeitsbescheinigung: 20.000 Euro.

Zu diesem Zweck schickt Viapass [dem potenziellen Dienstleister] vor Beginn einer jeden Phase eine Rechnung mit der Aufforderung zur Zahlung des Entgelts auf das Konto von Viapass.

Viapass startet die nächste Phase des Zulassungsverfahrens erst nach Eingang der Zahlung der jeweiligen Tranche des pauschalen Entgelts.

4. Laufzeit des LOI

Der vorliegende LOI tritt vorbehaltlich expliziter anderweitiger Vermerke zum Datum des vorliegenden LOI in Kraft und hat eine Gültigkeit von 24 Monaten ab dem Datum des LOI, es sei denn, die Parteien vereinbaren im abzuschließenden bilateralen Vertrag zwischen Viapass und den Mauterhebern auf der einen Seite und [dem potenziellen Dienstleister] auf der anderen Seite etwas anderes.

5. Ungültigkeit

Sollten sich eine oder mehrere Bestimmungen des vorliegenden LOI als ungültig, ungesetzlich oder unwirksam herausstellen, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des vorliegenden Dokuments dadurch in keiner Weise beeinträchtigt oder in Frage gestellt.

Jede Bestimmung des vorliegenden LOI, die ungültig, ungesetzlich oder unwirksam ist, gilt im Rahmen des gesetzlich Zulässigen als durch eine gültige, gesetzliche und wirksame Bestimmung ersetzt, deren Anwendung und Wirkung der Bestimmung, die sie ersetzt, möglichst nahe kommen.

6. Geltendes Recht

Für den vorliegenden LOI und dessen Auslegung gilt ausschließlich belgisches Recht. Jeder zivilrechtliche Streit, der in diesem Zusammenhang entsteht und nicht außergerichtlich beigelegt werden kann, wird endgültig von den Brüsseler Gerichten entschieden.

Unterzeichnet in Brüssel, den, in zwei Ausfertigungen, wobei jede Partei den Erhalt eines Exemplars bestätigt

Für Viapass

Für [den potenziellen Dienstleister]

Vincent Peremans und Johan Schoups

[X]

2. Muster des „Letter of Intent“ (Zulassung)

Letter of Intent („LOI“)

Zwischen

der interregionalen Einrichtung Viapass
vertreten durch Vincent Peremans (Vorsitzender des Verwaltungsrats) und Johan Schoups
(Generalverwalter)
Generalverwalter
mit Sitz in
1000 Brüssel
Rue d'Arenberg 1D

handelnd im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowie als Bevollmächtigter der Mauterheber
des belgischen Mautsystems,

im Folgenden: „**Viapass**“

und

[potenzieller Dienstleister]
vertreten durch [Name, Vorname des Vertreters]
[Funktion]
mit Sitz in
[Postleitzahl] [Ort]
[Straße] [Hausnummer]

im Folgenden: „**[potenzieller Dienstleister]**“

Viapass und [der potenzielle Dienstleister] werden im Folgenden einzeln auch als „die Partei“ sowie
zusammen als „die Parteien“ bezeichnet.

Vorbemerkungen

Voraussetzung für den Zugang zum belgischen Mautsystem ist ein Registrierungsverfahren (sofern
der Dienstleister nicht bereits als ETS-Dienstleister im Land seiner Niederlassung registriert ist) sowie
auf jeden Fall ein Zulassungsverfahren nach Maßgabe der Erklärung des Mautgebiets der diversen
Mauterheber für ihr jeweiliges Mautgebiet.

[Der potenzielle Dienstleister] wurde am [Datum] von [Behörde] als [(E)TS-] Dienstleister registriert.

Wurde der potenzielle Dienstleister (sofern verlangt) registriert, muss er zugelassen werden. Das Zulassungsverfahren verläuft in mehreren Phasen:

- (i) Zulassungsantrag des potenziellen Dienstleisters
- (ii) Aufnahme des Zulassungsverfahrens
- (iii) Vorstellung des technischen und kaufmännischen Konzepts
- (iv) Testverfahren mit (i) Prüfung der Konformität(-tests) und (ii) Gebrauchstauglichkeitstests
- (v) Aushandeln des bilateralen Vertrags
- (vi) Zulassung für das Mautgebiet der Mauterheber

Zur Erstattung der Kosten für die Prüfung und Bewertung sowie die Tests im Rahmen des Zulassungsverfahrens zahlt [der potenzielle Dienstleister] die nachfolgend festgesetzten Entgelte.

Gelangen Viapass und der potenzielle Dienstleister nach erfolgreichem Verlauf des Testverfahrens zu einer Einigung bezüglich des bilateralen Vertrags, wird der bilaterale Vertrag zwischen dem Dienstleister auf der einen Seite und den Mauterhebern des belgischen Mautsystems und Viapass auf der anderen Seite abgeschlossen.

Mit dem Abschluss des bilateralen Vertrags wird der Dienstleister von allen Mauterhebern des belgischen Mautsystems in ihrem jeweiligen Mautgebiet zugelassen.

Die Parteien tauschen im Rahmen des Registrierungs- und Zulassungsverfahrens untereinander vertrauliche Informationen nach Maßgabe der nachfolgend festgelegten Bestimmungen und Bedingungen aus.

Es wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Gegenstand

Der vorliegende LOI beinhaltet die nicht erschöpfende Liste der Bedingungen und Modalitäten, zu denen die Parteien den Abschluss des Zulassungsverfahrens von [potenzieller Dienstleister] als Dienstleister im belgischen Hoheitsgebiet nach Maßgabe der Erklärung des Mautgebiets anstreben. [Der potenzielle Dienstleister] bestätigt die Kenntnisnahme und Verbindlichkeit der Erklärung des Mautgebiets.

Der vorliegende LOI stellt keinerlei Verpflichtung seitens Viapass oder der Mauterheber bezüglich der tatsächlichen Zulassung von [potenzieller Dienstleister] als Dienstleister in den Mautgebieten dar, die auf belgischem Hoheitsgebiet eingerichtet wurden.

2. Vertraulichkeit

2.1. Vertrauliche Informationen

2.1.1. Der Begriff „vertrauliche Informationen“ umfasst sämtliche Informationen, (i) die zwischen den Parteien auf beliebige Weise im Zulassungsverfahren ausgetauscht werden und (ii) mitgeteilt werden, um sich als potenzieller Dienstleister zu bewerben (vom potenziellen Dienstleister mitgeteilte Informationen) oder um sich als potenzieller Dienstleister für die Zulassung als Dienstleister auf belgischem Hoheitsgebiet bewerben zu können (von Viapass mitgeteilte Informationen) und um die Prüfung und Bewertung des Antrags zu ermöglichen, und (iii) die zum Zeitpunkt der Mitteilung noch nicht öffentlich bekannt waren.

2.1.2. Die Parteien verweisen darauf, dass der Inhalt (jedoch nicht das Bestehen) des vorliegenden LOI, der Verhandlungen über den bilateralen Vertrag und des bilateralen Vertrags selbst ebenfalls vertraulich sind und folglich unter den vorliegenden Artikel fallen.

2.2. Verbot der Nutzung und Verbreitung

2.2.1. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung der anderen Partei darf keine Partei weder direkt noch indirekt, wie zum Beispiel über einen Mittelsmann oder eine juristische Person, an der die Partei eine Beteiligung hält, in der sie Verwalter ist oder mit der sie auf irgendeine andere Weise verbunden ist:

- (a) vertrauliche Informationen - auch nicht ausschnittsweise - zu anderen Zwecken als zur Prüfung und Bewertung des Zulassungsantrags bzw. zur Beantragung der Zulassung als Dienstleister auf belgischem Hoheitsgebiet verwenden;
- (b) vertrauliche Informationen - auch nicht ausschnittsweise - bei Dritten außer den (juristischen) Personen verbreiten, die im Rahmen ihrer Aufgaben bei der Partei, im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehung zu der Partei oder einer direkten oder indirekten Vertragsbeziehung mit der Partei zweckmäßigerweise Zugriff auf die vertraulichen Informationen haben müssen (im Folgenden: „Vertreter“). Falls diese Vertreter nicht aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit der Schweigepflicht und somit der Berufspflicht der Nichtverbreitung vertraulicher Informationen unterliegen, müssen die Vertreter ausdrücklich schriftlich bestätigen, dass sie den Bestimmungen des vorliegenden Artikels unterliegen. Die Parteien stellen sicher, dass die Vertreter, die sie beim Zulassungsverfahren hinzuziehen, die im vorliegenden Artikel verfügbaren Verpflichtungen einhalten.

2.2.2. Unbeschadet all dessen ergreifen die Parteien alle nötigen oder zweckmäßigen Maßnahmen zur Verhinderung des Bekanntwerdens vertraulicher Informationen entgegen den Bestimmungen des vorliegenden Artikels und ergreifen alle erforderlichen oder zweckmäßigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Artikels durch die Parteien und ihre Vertreter.

2.3. Ausnahmen

Die in Artikel 2.2 definierte Geheimhaltungspflicht für vertrauliche Informationen gilt nicht, wenn es sich um folgende Informationen handelt:

- (a) Informationen, die öffentlich bekannt wurden oder werden, ohne dass dies die Folge einer unerlaubten Bekanntmachung der betreffenden Informationen durch die Parteien oder durch eine Person ist, der die Parteien diese vertraulichen Informationen zur Verfügung gestellt haben
- (b) Informationen, die einer Partei bereits zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Informationen bekannt waren
- (c) Informationen, die einer Partei auf nicht vertraulicher Grundlage von einem Dritten bereitgestellt wurden, der rechtmäßig im Besitz der Informationen ist und zur Weitergabe der Informationen berechtigt ist
- (d) Informationen, die der Veröffentlichungspflicht unterliegen:
 - i. aufgrund rechtlicher Vorschriften (nicht Vorschriften zur Öffentlichkeit der Verwaltung)
 - ii. im Rahmen der behördlichen Aufsicht oder der parlamentarischen Kontrolle
 - iii. aufgrund eines richterlichen Beschlusses

2.4. Rechtliche Maßnahmen, die die Verbreitung vertraulicher Informationen erforderlich machen

2.4.1. Ist die Bekanntgabe des Inhalts vertraulicher Informationen durch eine Partei aufgrund von Rechtsvorschriften, im Rahmen der behördlichen Aufsicht oder der parlamentarischen Kontrolle oder aufgrund eines richterlichen Beschlusses erforderlich, setzt diese Partei die andere Partei nach Möglichkeit vor der Bekanntgabe unverzüglich schriftlich über diese Verpflichtung und die angeforderten Unterlagen, die bekannt gemacht werden sollen, in Kenntnis. Die Parteien halten Rücksprache bezüglich des Timings und des Inhalts der Bekanntgabe.

2.4.2. Vor der Bekanntgabe vertraulicher Informationen muss eine Partei:

- (a) die andere Partei so rasch wie möglich vor der Bekanntgabe der jeweiligen Informationen schriftlich in Kenntnis setzen, welche vertraulichen Informationen bekannt gegeben werden.
- (b) nur den Teil der vertraulichen Informationen herausgeben, der durch Rechtsvorschriften, die behördliche Aufsicht, die parlamentarische Kontrolle oder den richterlichen Beschluss vorgeschrieben wird.
- (c) sich um eine verlässliche Zusage bemühen, dass die vertraulichen Informationen vertraulich behandelt werden.

3. Kosten des Zulassungsverfahrens

Zur Erstattung der Kosten von Viapass für die Prüfung und Bewertung sowie die Tests im Rahmen des Zulassungsverfahrens muss [der potenzielle Dienstleister] ein pauschales Entgelt in mehreren Tranchen nach folgendem Schema entrichten:

- (a) Vor Beginn des Prüfverfahrens der Konformitätstests: 20.000 Euro
- (b) Vor Beginn der Schnittstellentests: 30.000 Euro
- (c) Vor Beginn der End-to-End-Tests: 30.000 Euro
- (d) Vor Beginn der ersten Phase des Probetriebs: 50.000 Euro
- (e) Vor Beginn der zweiten Phase des Probetriebs: 50.000 Euro
- (f) Vor Beginn der Phase der Erstellung der Gebrauchstauglichkeitserklärung und der Gebrauchstauglichkeitsbescheinigung: 20.000 Euro.

Zu diesem Zweck schickt Viapass dem potenziellen Dienstleister vor Beginn einer jeden Phase eine Rechnung mit der Aufforderung zur Zahlung des Entgelts auf das Konto von Viapass.

Viapass startet die nächste Phase des Zulassungsverfahrens erst nach Eingang der Zahlung der jeweiligen Tranche des pauschalen Entgelts.

4. Laufzeit des LOI

Der vorliegende LOI tritt vorbehaltlich expliziter anderweitiger Vermerke zum Datum des vorliegenden LOI in Kraft und hat eine Gültigkeit von 24 Monaten ab dem Datum des LOI, es sei denn, die Parteien vereinbaren im abzuschließenden bilateralen Vertrag zwischen Viapass und den Mauterhebern auf der einen Seite und [dem potenziellen Dienstleister] auf der anderen Seite etwas anderes.

5. Ungültigkeit

Sollten sich eine oder mehrere Bestimmungen des vorliegenden LOI als ungültig, ungesetzlich oder unwirksam herausstellen, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des vorliegenden Dokuments dadurch in keiner Weise beeinträchtigt oder in Frage gestellt.

Jede Bestimmung des vorliegenden LOI, die ungültig, ungesetzlich oder unwirksam ist, gilt im Rahmen des gesetzlich Zulässigen als durch eine gültige, gesetzliche und wirksame Bestimmung ersetzt, deren Anwendung und Wirkung der Bestimmung, die sie ersetzt, möglich nahe kommen.

6. Geltendes Recht

Für den vorliegenden LOI und dessen Auslegung gilt ausschließlich belgisches Recht. Jeder zivilrechtliche Streit, der in diesem Zusammenhang entsteht und nicht außergerichtlich beigelegt werden kann, wird endgültig von den Brüsseler Gerichten entschieden.

Unterzeichnet in Brüssel, den, in zwei Ausfertigungen, wobei jede Partei den Erhalt eines Exemplars bestätigt

Für Viapass

Für [den potenziellen Dienstleister]

Vincent Peremans und Johan Schoups

[X]
